Blick in die Zeitschriften

Autor(en): **Böni, Otto**

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **53 (1974)**

Heft 4

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Blick in die Zeitschriften

Österreichs Arbeiterschaft gedenkt des Februar 1934

Die beiden grossen Zeitschriften der organisierten österreichischen Arbeiterschaft gedenken in ihren Februar-Ausgaben des 40. Jahrestages der Ereignisse vom 12. Februar 1934.

Im Organ der österreichischen Gewerkschaften, in *«Arbeit und Wirtschaft»*, zeigt der sozialistische Publizist Josef Hindels, dass der damalige Bürgerkrieg das blutige Schlusskapitel einer Entwicklung war, die unmittelbar nach dem Entstehen der Ersten Österreichischen Republik eingesetzt hatte. Beim Lesen dieses Beitrages wird man unwillkürlich an die Geschehnisse in Chile erinnert. In Österreich hatte die Arbeiterschaft im Jahre 1918 bewusst auf damals mögliche grundlegende Änderungen der Gesellschaft zugunsten grosser sozialer Errungenschaften verzichtet. Der Austromarxist Otto Bauer begründete dies damals wie folgt: «Der Sieg der Revolution hätte bei der militärischen Schwäche und wirtschaftlichen Abhängigkeit Österreichs zum Triumph der Konterrevolution geführt, wie das in Ungarn und Bayern der Fall war.» In ihrem Programm von 1926 bekannte sich die österreichische Arbeiterschaft zu einem friedlichen, parlamentarischen Weg. Gewalt dürfe nur angewendet werden, wenn der Gegner den Boden der Demokratie verlässt. Dieses Demokratieverständnis wurde von den Gegnern schlecht gelohnt. Bereits 1927 kam es zu einer ersten Generalprobe für das Jahr 1934. Unbewaffnete Arbeiter wurden von der Polizei rücksichtslos zusammengeschossen. Während die Arbeiterschaft an ihrem Weg der Demokratie festhielt, enthielt der Eid der faschistischen Heimwehrleute den Satz: «Wir verwerfen den demokratischen Parlamentarismus.» Trotz dieser Sturmzeichen hofften die Sozialisten immer noch auf ein Einlenken der Regierung, man hoffte immer noch, dem Land die Schrecken eines Bürgerkrieges ersparen zu können. Dieses ständige Zurückweichen der Sozialisten und Gewerkschaften demoralisierte mit der Zeit die Arbeiterschaft und trieb sie zur Resignation. «Am 12. Feber 1934 hat daher nur eine mutige Minderheit am bewaffneten Kampf gegen den Faschismus teilgenommen. Auch der Generalstreik ist misslungen: Während die kämpfenden Schutzbündler ihr Leben einsetzten, fuhren die Eisenbahnen, wurde in den meisten Betrieben gearbeitet.» Trotz dem misslungenen Abwehrkampf ist Hindels der Meinung, dass die schweren Opfer, welche die Arbeiterschaft brachte, einen tieferen Sinn hatten. «Der Feberkampf 1934 wurde zum internationalen Fanal des Kampfes gegen den Faschismus. Nach der kampflosen Kapitulation der deutschen Arbeiterklasse vor Hitler bewiesen. Österreichs heldenhaften Schutzbündler, dass es möglich ist, der Barbarei des Faschismus Widerstand zu leisten. Diese Tat verdient es, niemals vergessen zu werden.»

Hindels zieht aus diesen bei uns viel zu wenig bekannten Ereignissen die folgenden Schlussfolgerungen: «Der Faschismus ist keine Naturkatastrophe, die nicht vorausgesehen und bekämpft werden kann. Er bereitet seine

Machtergreifung durch ständige Angriffe auf die Demokratie und die Arbeiterbewegung vor. Es gilt, diesen Angriffen rechtzeitig durch Mobilisierung der Massen zu begegnen. Das Zurückweichen verhindert nicht die Opfer, sondern demoralisiert lediglich die eigenen Reihen – bis es zu spät ist. Da der Faschismus nachweisbar von einflussreichen Kreisen des in- und ausländischen Grosskapitals gefördert, finanziert wurde, ist eine antikapitalistische, die Macht der Monopole einschränkende Strategie der Arbeiterbewegung die wirksamste Verteidigung der Demokratie gegen den Faschismus.»

Der Beitrag von Hindels wird durch zwei nur in Nüancen abweichenden Artikeln in der sozialistischen Zeitschrift *«Die Zukunft»* ergänzt. Hier gedenkt der Historiker Karl Stadler den «Opfer verlorener eZiten . . .», und Karl Czernetz hat seinen Artikel mit «Vierzig Jahre seit dem 12. Februar 1934» überschrieben.

Hinweis

Mit «Antikommunismus» ist das dritte Heft der Berliner Zeitschrift *«europäische Ideen»* überschrieben. Eine Reihe bekannter linker Intellektueller beantwortet die Fragen: «Antikommunismus, gefährlich, nützlich, notwendig, schädlich? Was ist Antikommunismus?» Wenn es auf Grund der Antworten so verschiedenartiger Autoren wie Vercors, Pelikan, Skvorecky, Havemann, Flechtheim, Kontorowicz, Goldstücker, Bondy, Amery, Löwenthal, Abendroth und Huppert auch schwierig ist, einen gemeinamen Nenner zu finden, lassen sich doch einige wertvolle Rückschlüsse auf die politische Einstellung und die zukünftige Entwicklung der Autoren ziehen.

Otto Böni

Ich erinnere, dass der Sprecher der Jungsozialisten massive Angriffe gegen die Magistratsmehrheit richtete, weil sie sich in bestimmten Dingen angeblich nicht an Parteitagsbeschlüsse gehalten hätte, aber gleichzeitig erklärte, die Jusos würden gegen den Tarifverbund in Frankfurt eine massive Protestaktion aus dem Boden stampfen, obwohl der Tarifverbund vom Parteitag beschlossen war.

Rudi Arndt, Oberbürgermeister (SPD) der Stadt Frankfurt a. M.